

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. ♦ Postk.-Konto Hannover Nr. 578 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Aktive Konjunkturpolitik.

P. Z. Daß wir uns zur Zeit in einer furchtbaren Wirtschaftskrise befinden, ist eine bekannte Tatsache, über die wohl kaum gestritten werden kann. Streitig ist nur die Frage, wie wir aus derselben herauskommen können. Zwar gibt es auch eine große Gruppe innerhalb der Arbeiterklasse, die die Möglichkeit einer Überwindung dieser Krise von vornherein verneint. Für den Gewerkschafter und seine Politik muß diese letztere Auffassung jedoch völlig ausschalten. Zumindest muß für die Gewerkschaftspolitik bestimmend sein, „als ob“ die Krise völlig überwunden werden könne. Die Gewerkschaftspolitik ist eben auf die **Verbesserung der bestehenden Lebensbedingungen** der Arbeiterklasse gerichtet. Sie ist deshalb nicht etwa eine kapitalistische Gewerkschaftspolitik, wie die Kommunisten lehren wollen, sondern durchaus sozialistisch, weil eine Politik, die auf Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse im Kapitalismus gerichtet ist, sich nur in der Richtung zum Sozialismus bewegen kann und muß. Die freien Gewerkschaften sind sich dieser Tatsache völlig bewußt, weshalb sie sich auch offen zum wirtschaftlichen Sozialismus als Endziel ihrer Politik bekennen. Ihre eigentliche Aufgabe aber ist doch der Kampf und die Politik im Interesse der Arbeiterklasse im Kapitalismus. Als Gewerkschafter also annehmen, daß diese Krise unüberwindlich sei, also der Kapitalismus sein Ende erreicht habe, hieße nichts anderes, als die Verechtigung der Weiterexistenz der Gewerkschaften und ihrer bisherigen Politik verneinen. Tatsächlich vertreten die Kommunisten diesen Standpunkt, den aber die Arbeiterklasse in ihrer überwiegenden Mehrheit ablehnt.

Dieser Glaube und dieses Vertrauen in die Gewerkschaften ist aber nicht blind und mystisch, sondern das Produkt jahrzehntelanger Erfahrung im Klassenkampf. Die praktischen Erfolge des gewerkschaftlichen Ringens haben allein den Glauben und das große Vertrauen in die gewerkschaftliche Politik erzeugt. Aber auch nur durch sich immer wieder von neuem zeigende praktische Erfolge kann dieser Glaube und dieses Vertrauen erhalten werden. Das ist deshalb so, weil die sozialistischen Theorien, besonders von Karl Marx, über die „Unvermeidbarkeit des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems“ zu tief in das Unterbewußtsein der sozialistisch geschulten Arbeitermassen eingedrungen sind. Diese Tatsache, so wertvoll sie für den proletarischen Klassenkampf war und ist, kann, relativ gewertet, gefährlich werden in einer Zeit, in der die Wirkung der privatkapitalistischen Entwicklung für die Arbeiterklasse immer unerträglich wird **ohne sichtbare Abwehrmöglichkeit durch ihre Organisation**. Hieraus ergibt sich für die Gewerkschaften gerade in der Krise der Zwang zu positiver Politik, d. h. zu einer Politik, die nicht nur Erfolge verspricht, sondern tatsächlich zeitigt. Und diese Politik, die tatsächlich Erfolge zeitigt und nicht nur verspricht, zu finden, das ist die brennendste Aufgabe unserer Tage.

Man ist sich an den leitenden Stellen der freien Gewerkschaften über diese Notwendigkeit auch völlig im klaren. Ihre Politik, die in den diesbezüglichen Beschlüssen und Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck kommt, drängt längst über den Rahmen einer bloßen Abwehrpolitik gegenüber den Krisenauswirkungen hinaus und zeigt aktiven Charakter. Das heißt, die **freien Gewerkschaften erstreben politische Maßnahmen nicht nur zum Schutze der Arbeiter in der Krise, sondern zur Überwindung der Krise und Schaffung normaler Wirtschaftsverhältnisse**. Hierher gehört vor allem die Forderung auf Erhaltung der Massenkaufkraft durch den Staat über die Sozialversicherung, besonders durch Erhaltung der Arbeitslosenunterstützung. Zweitens verlangen sie die Organisation und Schaffung von öffentlicher Arbeitsbeschäftigung. Drittens wird gefordert eine Kontrolle aller monopolistischen Zusammenschlüsse und insbesondere Überwachung von deren Preisbildungspolitik und Kapitalumwertung. Viertens Beseitigung einer Zollpolitik, die auf Erhaltung monopolistischer Preise gerichtet ist. Fünftens Demokratisierung der Zentralnotenbank zur Kontrolle von deren Kreditpolitik, die sich heute noch völlig unter dem Einfluß der privaten Bank- und Industrierhellen vollzieht.

Das sind die wichtigsten Forderungen der freien Gewerkschaften, deren Erfüllung nur von der Politik her, also von der politischen Staatsleitung möglich werden kann. Bei der Abficht, mit solchen Maßnahmen eine Wirtschaftsbelebung zu schaffen, ist wohl der Erhaltung der Massenkaufkraft sowie der Schaffung öffentlicher Arbeitsbeschäftigung die größte Bedeutung beizumessen. Hier aber wird sofort klar, daß es sich nicht nur um eine Frage organisatorischer und verwaltpolitischer Art handelt, sondern vor allem um eine finanzielle. Die finanzielle Seite dieses ganzen Problems aber ist es gerade, die sich uns als das besondere Krisenproblem zur Lösung stellt. Mit anderen Worten: **Es ist weniger mehr die Frage für die Gewerkschaften, was von ihnen zu einer aktiven Konjunkturpolitik gefordert werden soll, sondern wie ihre Forderungen am besten und vor allen Dingen am schnellsten Erfüllung erfahren könnten.**

Ueber diese Frage streiten sich zur Zeit der international bekannte Statistiker beim ILO, Wladimir W o y t i n s k i und der nicht weniger bekannte Fritz N a p h t a l i. („Die Arbeit“, Nr. 6 und 7.) Naphthali erblickt die Lösung der finanziellen Frage in der Hereinnahme von Auslandsanleihen, während Woytinski die erwartete Wirkung, wie auch schon die Möglichkeit der Hereinnahme solcher Auslandsanleihen für die nächste Zukunft verneint und deshalb, weil möglichst schnell eine Lösung gefunden werden muß und die Krisenlösung ein Problem der internationalen Kapitalbeschaffung sei, kurzerhand die Schöpfung von notwendigem Kapital durch die Notenbanken selbst fordert. Die Möglichkeit hierzu findet er leicht gegeben, wenn im internationalen Einverständnis die Golddeckungsgrenze herabgesetzt würde, die für die Ausgabe von Papiergeld für die einzelnen Notenbanken besteht. **Hier steht das wichtigste und brennendste Problem zur Diskussion, das jeglicher aktiven Konjunkturpolitik unserer Zeit überhaupt gestellt werden kann und dessen Klärung allein den Ausgangspunkt jeglicher aktiven Konjunkturpolitik in unseren Verhältnissen bildet.**

Hier etwas Näheres über die beiden Theorien sagen, halten wir für verkehrt, da sie so nur verklämmert wiedergegeben werden könnten, was uns in Anbetracht ihrer Wichtigkeit zu gefährlich erscheint. Jeder, der sich dafür interessiert, lese sie selber am angegebenen Ort nach. Wir schreiben diese Zeilen nur deshalb, damit ein größerer Interessentkreis für diese wichtigsten aller konjunkturpolitischen Fragen gewonnen wird. Wir wünschen vor allem, daß auch die praktische Gewerkschaftsführung hier eine klare

Stellungnahme zu finden sucht, da es sich um die entscheidende Frage jeglicher auf aktive Formgestaltung und praktische Erfolge gerichteten Konjunkturpolitik handelt. Es dreht sich wirklich heute nicht darum, schöne und einleuchtende Forderungen zu stellen auf Grund einer bestimmten Wirtschaftstheorie, sondern darum, die Möglichkeit ihrer praktischen Durchführbarkeit aufzuzeigen an Hand der gegebenen Wirtschaftsstatistiken. Das weiß gerade der „Praktiker“ am besten. Deshalb täusche man sich nicht in der theoretischen Form, in der diese Frage an uns herantritt.

Zur Zeit tagt in Frankfurt der Kongress der freien Gewerkschaften, der sich ebenfalls mit den Notwendigkeiten in dieser Krise und ihrer Überwindung befaßt. Auch er wird natürlicherweise Forderungen zur Wirtschaftspolitik stellen und wertvolle Begründungen für dieselben finden. Aber wie gesagt: was zur eigentlichen Lösung in dieser Krise steht, ist und bleibt die Frage der Kapitalbeschaffung und einer international ausgelegten Geldpolitik. Selbst wenn der Kongress in Frankfurt wollte, er könnte für sich allein dieses Problem auch nicht lösen. Mit ihm und seinem Verhandlungsergebnis darf deshalb die Initiative, die von den Gewerkschaften immer im sozialen Kampf gelebt werden muß, keinen Abbruch erfahren, sondern durch ihn nur neuen Antrieb erhalten. Und hierfür gerade möchten wir wünschen, daß mit diesem Kongress vorläufig die Reihe unserer grundsätzlichen Forderungen wirtschafts- und verwaltpolitischer Art abgeschlossen würde, um sich ganz ihrer praktischen Verwirklichung zu widmen. Bei diesem Versuch wird dann auch sofort jedem die ungeheure Bedeutung jenes Problems klar, das wir oben als die entscheidendste Frage jeglicher aktiven Konjunkturpolitik bezeichneten. Je eher sich die verantwortlichen Stellen dieser Tatsache bewußt werden, desto schneller werden wir den Weg zu wahrhaft aktiver Konjunkturpolitik und damit zur Überwindung der Krise finden.

Das Lügenbilderbuch.

über das wir in Nr. 35 berichteten, nimmt natürlich auch zu der Tributfrage in Nazimannier Stellung.

Daß der Friedensvertrag und seine Auswirkungen nicht nur eine große Ungerechtigkeit gegen Deutschland darstellen, sondern auch eine große Dummheit waren, hat die wirtschaftliche Zerrüttung seit jener Zeit klar gezeigt. Wenn aber ausgerechnet unsere Schwerindustrie und ihre Tintenkuhlis über die Tributlasten jammern, so soll man sich nur an Folgendes erinnern:

Nicht die deutsche Arbeiterklasse war schuld an Ausbruch und langer Dauer des Krieges, sondern das Unternehmertum hüben und drüben. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts hat erst vor wenigen Tagen gelegentlich der Gedenkfeier für den Abgeordneten Erzberger in Biberach öffentlich erklärt, daß nach seiner Überzeugung 1917 der Frieden für Deutschland zu erreichen gewesen wäre, wenn nicht Interessentkreise das verhindert hätten! Was Giesberts hier einmal öffentlich bekannte, ist die nackte Wahrheit. Zu den Interessenten, die die lange Dauer des Krieges wollten und herbeiführten, gehörten aber vor allen Dingen die bekanntesten Leute aus der Schwerindustrie, die schon seit 1915 wenigstens die Annexion des Erzbeckens von Longwy-Briey forderten. Dieselben Kreise taten bis zum Schluß des Krieges alles, um solch verrückten Ideen praktische Gestalt zu geben. Diese Kreise forderten und förderten die unmenschliche völkerrechtswidrige Deportation der belgischen Bevölkerung, diese Kreise waren die Anreger zur zwecklosen Zerstörung der belgischen und nordfranzösischen Industrie. Der jetzige Syndikatsdirektor Kürup, unser Kamerad Rauschenberg und andere lehrten Anfang 1919 erschüttert von einer Reise durch Nordfrankreich zurück. Sie hatten dort festgestellt, daß noch im September 1918, als kein vernünftiger Mensch mehr an einen glücklichen Ausgang des Krieges für Deutschland glauben konnte, auf Betreiben industrieller interessierter Kreise die nordfranzösischen Gruben ohne Sinn und Verstand, ohne militärische Notwendigkeit zerstört wurden! Wenn uns das S a a r g e b i e t bis 1935 verloren ging, so tragen diese Maßnahmen daran die Hauptschuld. Dabei ist natürlich auch dieser französische Zugriff auf die Saarkohle längst unberechtigt, da die französische Kohlenproduktion ihre Vorkriegshöhe schon lange überschritten hat.

Auch was das Flugblatt an Zahlen über Gebietsverlust, Wegnahme der Kolonien usw. bringt, ist lächerlich übertrieben und entstellt. Natürlich kann man den deutschen Gebietsverlust in Europa auf 50 Milliarden und den Verlust der Kolonien auf 31 Milliarden berechnen. Selbstverständlich war die Wegnahme von Ost-Obereschlesien, die Schaffung des Korridors usw. ein gewalttätiges Unrecht, ebensowenig war die Wegnahme der Kolonien berechtigt. Aber was hat schon das deutsche Volk durch die Wegnahme der Kolonien verloren? Es hat vor dem Kriege für die Kolonien nur bezahlt, es hat die moralische Verantwortung tragen müssen für die unmenschliche Ausbeutung der Eingeborenen, für die unmenschliche deutsche Kriegführung in den Kolonien, für das Hineinjagen zehntausender Hererosfamilien in die Salzwüsten, wo sie elend verreckten. Nutzen von den Kolonien hatten nur die Industrie- und Handelsunternehmungen, die ihr Geld dort angelegt hatten.

Daß die Sozialfürsorge und ihre Lasten für die Unternehmer eine Hauptrolle in dem Flugblatt spielen, versteht sich von selbst. Da wird ein Bild gezeigt, wieviel der Staat dem Unternehmer an sozialen Beiträgen abnimmt und dann läßt man den Unternehmer zu den Arbeitern sagen:

„Ach muß leider wieder einige Leute entlassen, der Mann dort (der staatliche Finanzbeamte. D. R.) hat mir wieder zuviel aus den Betriebsmitteln weggenommen.“

Daß verfehlte Anlagen, überhöhter Kapitaldienst, daß Risikogehälter bis zu 600 000 Mark und mehr, daß Verluste von 250 Millionen bei Nordwolle und ähnliche Dinge viel mehr schuld sind an der Krisenverschärfung in Deutschland als notwendige Sozialfürsorge, davon weiß das Flugblatt nichts. Da wird im Bild dargestellt, daß 1913 für Sozialausgaben in Deutschland 1,72 Milliarden, 1930 aber fast 9 Milliarden ausgegeben worden seien. Abgesehen von der übertriebenen letzteren Zahl ist schon diese Gegenüberstellung eine Fälschung. 1907 hatte Deutschland eine erwerbstätige Bevölkerung von 25 Millionen, 1925 aber von 32 Millionen. Von der Bevölkerung waren unter 15 Jahren im Jahre 1914 etwa 40 Millionen, 1931 sind es über 49 Millionen. Daß solche Verschiebungen, zumal in Zeiten der Krise notwendigerweise eine gewaltige Steigerung der Sozialausgaben mit sich bringen müssen, liegt auf der Hand.

Vor dem Kriege gab es keine Arbeitslosenversicherung, in den letzten Jahren waren ihr mehr als 20 Millionen Personen unterstellt. Die Notwendigkeit dieser Versicherung wird niemand bestreiten, die Aufbringung der Mittel trifft ebenso gut die Arbeiter wie die Unternehmer und den Staat. Dabei ist die Arbeitslosenversicherung eine wirksame Risikoversicherung für die Unternehmer geworden. Ohne sie hätten hungernde Millionen längst alles Besitztum der Kapitalisten in Trümmer geschlagen. Diese Versicherung ermöglichte den Unternehmern auch rückichtslose Entlassung von Arbeiterscharen, die Abwälzung des Krisenrisikos auf die öffentliche Hand.

Ungefähr ebenso viel Personen wie in der Arbeitslosenversicherung, sind in den Krankenkassen versichert, während es 1914 nur 16,5 Millionen waren. In der Invalidenversicherung waren 1913 etwa 1,15 Millionen Rentenstämme vorhanden, 1927 waren es 2,7 Millionen. Die Verhältnisse in der Knappschaft sind unseren Kameraden bekannt. In den Jahren 1903 bis 1914 verdoppelte sich an der Ruhr die Zahl der Knappschaftsmitglieder, die Zahl der Invalidenrenten stieg aber nur von 28 000 auf 34 000. In der Reichsknappschaft waren vorhanden:

Jahr	Mitglieder	Renten	entfall. Mitglieder
1925	731 000	173 000	5,92
1926	648 000	199 000	
1927	748 000	215 000	
1928	734 000	235 000	3,12
1929	702 000	251 000	
1930	727 000	255 000	
1. Jan. 1931	572 000	274 000	
1. Apr. 1931	542 000	277 000	1,88

Rund 800 000 Kriegsentner und mehr als 1½ Millionen Kriegshinterbliebene hinterließ uns der im Interesse der Kapitalisten geführte Weltkrieg. Die Belastung

für die Versorgung der Kriegswiper ist ungeheuer, sie beträgt fast zwei Milliarden Mark im Jahr. Das ist aber nicht Schuld der Arbeiter und sie ist vor allen Dingen notwendig.

Kleinrentner, vom Staat unterstützt, kannte man früher nicht. Der Raubzug der Inflation, im Interesse der Großverdiener in Industrie und Finanz gefördert, schuf diese neue Gruppe, die das Reich zu rund 400 000 neuen Unterstützungen zwang.

Jedem Unternehmer oder Unternehmerruß, der über die sozialen Lasten jammert, sollte man erwidern, daß das Unternehmertum durch seine Kriegshetze und Kriegsführung, durch seine Mißwirtschaft und seine Politik die Hauptschuld an der Schärfe der Krise und an den dadurch bedingten Ausgaben trägt. Man sollte ihnen weiter die jämmerlichen Unterstützungsbeträge vor Augen halten, mit denen sich heute Millionen von Proletenfamilien durchhungern müssen. Man soll ihnen die Frage der Großerdiener und Großpensionäre unter die Nase reiben. Wo früher ein Generaldirektor mit 50 000 oder 100 000 Mark Gehalt saß, da sitzen jetzt mehrere mit Millionenbeträgen und dazu noch eine Anzahl Direktoren mit Riesengehältern. 1,6 Milliarden kostet die Versorgung der Angehörigen des alten Heeres. Von den Großpensionären haben sich nur ein paar Leute bereit gefunden, auf einen kleinen Teil ihrer Pensionen zu verzichten, alle übrigen lassen sich nichts merken. Allen Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten auf Ermäßigung dieser hohen Pensionen stellte sich im Reichstag eine Front der Bürgerlichen einschließlich der Nazis entgegen. Mit Notverordnung soll man aus rechtlichen Gründen diesem Skandal nicht beikommen können, so daß den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten nichts anderes übrig bleibt, als zu verhaseln, durch besondere Steueranträge diese großverdienenden Republikfeinde zu treffen!

Revolutionäres Narrentum und die Gewerkschaften.

Nach den beispiellosen Erfolgen der Gewerkschaften in den Jahren 1924 bis 1930 wirkt sich der Rückschlag durch die Wirtschaftskrise doppelt aus. Trotzdem bewahren die Gewerkschaften eine bewundernswerte Festigkeit. Eine Erziehungsarbeit von mehr als vierzig Jahren ist schließlich nicht umsonst gewesen. Die Massen suchten in den Zeiten der allgemeinen Haltlosigkeit nach einem Widerstand, der ihnen wenigstens etwas Mut einzuflößen vermag. Diesen finden sie immer noch in den Gewerkschaften. Hinzu kommt noch die große Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Krise. Bereitwilligerweise sind die Massenbestände für Unterstützungen in einer Weise zur Verfügung gestellt worden, die Bewunderung erregte. Man war einig in dem Ziel, alles zu tun, um die organisierte Arbeiterschaft so gut wie möglich über die schwere Periode hinwegzubringen.

Den Unternehmern ist es nicht unbekannt geblieben, daß sich die Kraft der Arbeiterbewegung um die Gewerkschaftsbewegung gruppierte. Deshalb eine einheitliche Meinung, die gegen die Gewerkschaften gerichtet war. Welches Unternehmerrußblatt man auch in die Hand nehmen mag, immer wird man eine feste Grundstimmung gegen die Gewerkschaften und ihren Einfluß antreffen. Man hält die gegenwärtige Zeit als sehr geeignet, die gewerkschaftlichen Vorposten zurückdrängen zu können. Man hat die Antipathie gegen die Gewerkschaften in fanatischen Haß um. Deshalb das unablässige Verrennen der Regierung Brünning, unter allen Umständen die Schutzgesetze der Tarifverträge, des Schlichtungswesens usw. zu beseitigen. Bis jetzt konnten diese Angriffe noch immer abgelenkt werden. Aber je länger die Wirtschaftskrise dauert, je mehr steigert sich die Hoffnung auf ein Niederrennen der gewerkschaftlichen Front.

Solchen Bemühungen können wir so lange mit ruhigem Gemute entgegensehen, als wir die besonnene Arbeiterschaft hinter uns haben. Leider ist die Not der Zeit geeignet, gewissen verbrecherischen Elementen das Handwerk zu erleichtern. Die Kommunisten entpuppen sich immer mehr als die Todfeinde der Arbeiterbewegung. Schon die Beteiligung am Volksentscheid war nicht nur eine hinverbrannte Idee, sondern geradezu ein Verbrechen. Die damit eingeschlagene Linie scheint man weiter beschreiten zu wollen. Die Niederlage vom 9. August hat die von Rußland subventionierte Verbrecherclique nicht nur nicht eines Besseren belehrt, sondern sie geradezu zu neuen Taten ähnlicher Art angefeuert. Diese sogenannte Arbeiterpartei wird geführt von einem Bourgeoisöhnchen aus dem Berliner Westen, Heinz Neumann. Dieser gewissenlose Bursche, der ganz im Dienste Moskaus zu stehen scheint, spornet die Partei zu immer verzweifelteren Unternehmungen an. Allem Anschein nach ist jetzt die Gewerkschaftsbewegung wieder einmal als Kampfmittel auszersehen. Nach dem „Vorwärts“ (Nr. 395) hat die Leitung der KPD. folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Einfluß der Lohnabbauorganisationen, des UDB. muß zerbrochen werden, um den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid ging es gegen das Preußenbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des UDB., die als bezahlte Unternehmeragenten immer neuen Lohnraub und Massenverleumdung organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbauorganisationen stehen vor einer schweren Krise (Mitgliederlust, 500 000 Anhänger haben den UDB. im letzten Jahre verlassen, die Beiträge gehen nicht mehr ein, die Unterstützungszahlungen an Verbandsmitglieder werden um 30 Prozent und mehr abgebaut, Arbeiterbank und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem völligen Bankrott). Die Bestrebungen breiter Mitgliedermassen und ganzer Belegschaften zur massenhaften Beitragsperre müssen tatkräftig unterstützt und zum Uebertritt in die KPD. gesteigert werden.“

Hätte man einen solchen Beschluß jemals für möglich gehalten? Die an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehenden Gewerkschaftsführer werden als Unternehmeragenten, ja als gemeingefährliche Verbrecher bezeichnet. Ist es notwendig, solche ehrenwerte und makellos dastehende Männer gegen solche gemeinen Vorwürfe in Schutz zu nehmen? Das dürfte sich erübrigen! Man bedenke, von welchen dunklen Gestalten solche Vorwürfe in die Welt gesetzt werden! Keiner von denen kann solche Erfolge und Errungenschaften aufweisen, die die Gewerkschaften unter Führung der verhassten Funktionäre in den letzten zwölf Jahren zu verzeichnen hatten. Jeder Lohnabbau wurde von den Gewerkschaften mit allen Kräften zu verhindern versucht. Wenn es nicht ganz gelang, dann sind nicht zuletzt jene gewissenlosen Elemente schuld, die die Gewerkschaften durch ihre Ministerarbeit geschwächt haben. Daß eine so schwere Wirtschaftskrise Lohnabbaubestrebungen zu fördern vermag und nicht alle bei guter Beschäftigung durchgesetzten Erfolge gehalten werden können, dürften gerade an verantwortungsvollen Posten stehende kommunistische Funktionäre bestärken.

Leistungen der Reichsknappschafft

nach der geänderten Satzung.

Die Aenderung der Satzung der Reichsknappschafft durch die Hauptversammlung im November 1930 und durch den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald im Juli 1931 hat die Leistungen der Arbeiterpensionsversicherung so wesentlich umgestaltet, daß viele Kameraden sich in der Pensionsversicherung kaum noch auskennen. Um diesen Mißstand zu beheben, haben wir in der Nummer 34 unserer „Bergbau-Industrie“ vom 22. August 1931 den genauen Wortlaut der geänderten Satzung der Reichsknappschafft soweit sie die Pflichtleistungen der Arbeiterpensionskasse betrifft, veröffentlicht. Weiter wollen wir mit dieser Abhandlung eine Erläuterung der jetzt gültigen Bestimmungen der Satzung geben. Als wichtigste Leistung ist auch nach der geänderten Satzung

die Invalidenpension nach § 35 des RKG.

anzusehen, die gewährt wird, wenn der Versicherte durch ärztliche Gutachten nachweist, daß er infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen unfähig ist, die von ihm verrichtete Knappschafftsversicherungspflichtige Tätigkeit oder andere gleichartige und wirtschaftlich gleichwertige Tätigkeiten in Knappschafftsbetrieben zu verrichten. Nach der geänderten Satzung ist aber neu, daß die Pension nach § 35 des RKG. zur Hälfte oder auch ganz ruht, wenn der Knappschafftsinvalid nach Lohnarbeit verrichtet, eine gewinnbringende Beschäftigung ausübt oder ein Einkommen aus eigenen gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Unternehmen bezieht. In einem solchen Falle ruht nach den

1. die halbe Pension nach § 35, wenn die vorbenannten Einkommen aus Lohnarbeit und Unternehmen die Hälfte und mehr des Jahresarbeitsverdienstes der höchsten Lohngruppe ausmachen, der der Versicherte vor seiner Invalidität im Knappschafftsbetrieb nicht nur vorübergehend angehört hat;
2. die volle Pension, sofern das Einkommen 90 Prozent und mehr des Jahresarbeitsverdienstes beträgt.

Ruhe der Pension ist nicht gleichbedeutend mit Entziehung. Eine entzogene Pension kann nämlich nur auf einen regelrechten Antrag und nach erneutem Nachweis von Berufsunfähigkeit wieder gewährt werden, während die ruhende Pension vom 1. des Monats wieder gezahlt werden muß, der auf die Aufgabe der Lohnarbeit oder des Wegfalls der Einkommen aus Unternehmen folgt. Mehr als die Pension nach § 35 des RKG. ist

die Pension nach § 36 (Alterspension)

eingeschränkt. Sie wird zwar unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher zuerkannt, doch ruhen zum Teil oder ganz beim Vorliegen folgender Voraussetzungen:

1. 25 Prozent der Invalidenpension, wenn Einkommen aus Lohnarbeit, gewinnbringender Beschäftigung oder aus eigenen Unternehmen 30 Prozent und mehr der Invalidenpension ausmachen,
2. 50 Prozent der Invalidenpension, wenn das unter 1. bezeichnete Einkommen 70 Prozent und mehr und
3. 75 Prozent der Invalidenpension, wenn dieses Einkommen die Höhe der Invalidenpension erreicht und überschreitet;
4. ruht schließlich die ganze Alterspension, sofern das Einkommen aus Lohnarbeit, gewinnbringender Beschäftigung oder aus eigenen Unternehmen 90 Prozent und mehr des Jahresarbeitsverdienstes der höchsten Lohngruppe beträgt, der der Versicherte nicht nur vorübergehend angehört hat.

In den angeführten drei ersten Fällen ist zu beachten, daß die Ruhebestimmungen insofern weitgehender sind als die bei der Invalidenpension nach § 35 des RKG. als hier nicht die Hunderterteile des Jahresarbeitsverdienstes als Maßstab der Einkommen herangezogen werden, sondern die Hundertteile von der Pension selbst. Nur bei dem vierten Falle, der von dem vollständigen Ruhen der Pension handelt, ist der Maßstab der gleiche wie bei der Pension nach § 35.

Die Aenderung der Satzung durch die Hauptversammlung im November 1930 ließ die Höhe der Invalidenpension insofern sie nicht mit Renten aus anderen Versicherungen oder mit Einkommen aus Lohnarbeit, gewinnbringender Beschäftigung oder aus eigenen Unternehmen zusammentraf, unberührt. Die Zwangssatzung, die der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald im Juli 1931 erließ, kürzt auch die Knappschafftsrenten an und für sich. Es werden bekanntlich 14 Prozent der Steigerungsbeträge für Dienstzeiten gekürzt, die in der Zeit vor dem 1. Januar 1924 fallen. Wer also die Pension für 25 Dienstjahre vor dem 1. Januar 1924 festgesetzt bekam, dem würden in der sechsten Lohnklasse 9,87 M. gekürzt, in der fünften Lohnklasse 8,64 M., in der vierten 7,40 M. und in der dritten 6,17 M. Sind nach dem 1. Januar 1924 mehrere Jahre Beiträge geleistet worden und entfallen aus diesem Grunde nicht so viel Beitragsjahre vor 1924, ist die Kürzung natürlich geringer.

Der Abzug der 14 Prozent von den Steigerungsbeträgen vor 1924 trifft nicht nur die Invaliden, deren Pension vor dem 1. Juli 1931 festgesetzt war, sondern auch alle zukünftigen Inva-

liden, die nach dieser Zeit invalidisiert werden, sofern sie auch Dienstjahre vor dem 1. Januar 1924 noch haben werden.

Nach den einzelnen Dienstjahren berechnet macht die 14prozentige Kürzung in den einzelnen Lohnklassen folgende Beträge für die Monatsrente aus:

Vor dem 1. Jan. 1924 Mitt. Jahre	Kürzungen der Invalidenpensionen (in M.)				Kürzungen der Witwenpensionen (in M.)			
	III. Kl.	IV. Kl.	V. Kl.	VI. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.	V. Kl.	VI. Kl.
3	0,26	0,31	0,37	0,42	0,16	0,19	0,22	0,25
4	0,35	0,42	0,49	0,56	0,21	0,25	0,29	0,34
5	0,44	0,52	0,61	0,70	0,26	0,31	0,37	0,42
6	0,61	0,74	0,86	0,98	0,37	0,44	0,51	0,59
7	0,79	0,94	1,10	1,26	0,47	0,57	0,66	0,76
8	0,96	1,15	1,35	1,54	0,58	0,69	0,81	0,92
9	1,14	1,36	1,59	1,82	0,68	0,82	0,96	1,09
10	1,31	1,57	1,84	2,10	0,79	0,94	1,10	1,25
11	1,64	1,95	2,29	2,62	0,98	1,18	1,37	1,57
12	1,96	2,35	2,74	3,14	1,18	1,41	1,65	1,88
13	2,28	2,74	3,20	3,65	1,37	1,64	1,92	2,19
14	2,61	3,13	3,65	4,17	1,56	1,88	2,19	2,50
15	2,93	3,52	4,10	4,69	1,76	2,11	2,46	2,81
16	3,26	3,91	4,56	5,21	1,95	2,34	2,73	3,12
17	3,58	4,29	5,01	5,73	2,15	2,58	3,01	3,44
18	3,90	4,68	5,46	6,24	2,34	2,81	3,28	3,75
19	4,23	5,07	5,92	6,76	2,54	3,04	3,55	4,06
20	4,55	5,46	6,37	7,28	2,73	3,28	3,82	4,37
21	4,87	5,85	6,82	7,80	2,92	3,51	4,09	4,68
22	5,20	6,24	7,28	8,32	3,12	3,74	4,37	4,99
23	5,52	6,62	7,73	8,84	3,31	3,98	4,64	5,30
24	5,85	7,01	8,18	9,35	3,51	4,21	4,91	5,61
25	6,17	7,40	8,64	9,87	3,70	4,44	5,18	5,92
26	6,26	7,51	8,76	10,01	3,75	4,50	5,26	6,01
27	6,34	7,61	8,88	10,15	3,81	4,57	5,33	6,09
28	6,43	7,72	9,00	10,29	3,86	4,63	5,40	6,17
29	6,52	7,82	9,13	10,43	3,91	4,69	5,48	6,26
30	6,61	7,93	9,25	10,57	3,96	4,76	5,55	6,34
31	6,69	8,03	9,37	10,71	4,02	4,82	5,62	6,43
32	6,78	8,14	9,49	10,85	4,07	4,88	5,70	6,51
33	6,87	8,24	9,62	10,99	4,12	4,95	5,77	6,59
34	6,96	8,35	9,74	11,13	4,17	5,01	5,84	6,68
35	7,04	8,45	9,86	11,27	4,23	5,07	5,92	6,76

Wiel Unklarheit herrscht über die Auslegung der neuen §§ 89 i und 89 k der Satzung, die von der

Kürzung der Pensionen für Invaliden ausgedehnter Werte

handeln. Sowohl bei der Beratung des Reichsknappschafftsgesetzes vom Juni 1923 als auch bei der Novelle zum Reichsknappschafftsgesetz vom 1. Juli 1926 haben einzelne Arbeitergruppen ihre Vertreter im Reichstag dahingehend beauftragt, Bestimmungen in das Reichsknappschafftsgesetz aufzunehmen, nach welchen ihnen das Auscheiden aus der Knappschafftsversicherung ermöglicht wurde. Diesen Bestrebungen blieb zum Teil der Erfolg auch nicht veragt. Es konnten sowohl nach dem Reichsknappschafftsgesetz vom Juni 1923 als auch nach dem vom Juli 1926 bestimmte Betriebe aus der Knappschafftspflicht auscheiden. Den in der Knappschafft verbliebenen Versicherten konnte das Auscheiden dieser Werke nicht gleichgültig sein, weil die Zahl der Beitragszahler immer geringer wurde, die Pensionen aber, die für Pensionsberechtigte aus solchen Betrieben zu leisten waren, von den in der Knappschafft Verbliebenen allein getragen werden mußten. Nach einer Aufstellung der Reichsknappschafft hätten die Knappschafftsmitglieder weit über 40 Millionen Mark für solche Berechtigten aufbringen müssen.

Die Versichertenvertreter im Vorstand der Reichsknappschafft haben in den vergangenen Jahren die Forderung erhoben, daß diese Lasten den Bergarbeitern abgenommen und von der Allgemeinheit getragen werden sollten. Durch die Zwangssatzung ist nun bestimmt, daß für Berechtigten, die aus solchen Betrieben stammen, neben dem Grundbetrage auch die Knappschafftssteigerungsbeträge zu ruhen haben, wenn neben der Knappschafftsrenten auch Invalidenrenten gezahlt werden. Nur für solche Berechtigten, die trotz des Auscheidens des Betriebes aus der Knappschafftspflicht freiwillig in der Knappschafft weiter verblieben, erfolgt die Kürzung der Steigerungsbeträge nicht, auch dann nicht, wenn sie später dadurch Anerkennungsgeldzahler werden, daß sie die Arbeit in den ausgeschiedenen Betrieben verloren und in Knappschafftsbetrieben keine bekommen hatten.

Die Pensionsempfänger der Siegerländer Knappschafft erfahren durch die Bestimmung, daß ihre Pension für die Zeit vor dem 1. Januar 1926 nicht wie bisher nach der Lohnklasse V, sondern nach der Lohnklasse IV berechnet werden soll, eine besondere Kürzung. Sie werden durch diese Maßnahme mit den Pensionsempfängern der gesamten Mitteldeutschen, Schlesiens und der Süddeutschen Bezirksknappschafft auf eine Stufe gestellt. Der 14prozentige Abbau der Steigerungsbeträge für die Zeit vor dem 1. Juni 1924 gilt für sie ebenso wie für alle anderen Pensionsempfänger der Reichsknappschafft.

reichlichster Unterstützung von Moskau her! Wir können das Treiben solchen Gefindes nicht besser kennzeichnen, als dies die Tageszeitung der Brandler-Gruppe mit folgenden Worten tat:

„Was hier die KPD-Führung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Lieberhaupt, aber ganz besonders in der jetzigen Situation — in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansehen, um die Tarife und damit die Gewerkschaften zu zerschlagen —, zur „Beitragsperre“ und zur „Zerbrechung der Gewerkschaften“ aufzufordern, das heißt die Geschäfte der schlimmsten Scharfmacher und Klassenfeinde zu besorgen, heißt dem Proletariat den Dolchstoß zu verfehlen.“

Früher saßen die Todfeinde der Gewerkschaften nur in den Reihen der reaktionären Junker und Großkapitalisten, heute haben sich diesen jene Elemente zugesellt, die die Führung der KPD. an sich geriffen haben. Soll die Arbeiterschaft ihre Stellung in Staat und Wirtschaft nicht vollständig verlieren, so muß diesen Verbrechern das Handwerk so schnell wie möglich gelegt werden!

Die Gewerkschaften haben im Jahre 1930 Mitgliederverluste erlitten; eine ganz natürliche Erscheinung, wenn das Wirtschaftsleben derart darniederliegt! Dennoch betrug der Mitgliederverlust nicht 500 000, sondern 230 640 oder 4,7 Prozent. Die Moskowiter verdoppeln die Mitgliederverluste, weil es in ihren Kram paßt. Die Arbeiterbank und andere den Gewerkschaften nahestehende Wirtschaftsbetriebe sollen bankrott sein! Es war ein bemerkenswertes Zeichen der inneren Festigkeit der Arbeiterbank, daß in den Tagen der Bankstürme voll ausgezahlt werden konnte. Die privatkapitalistischen Institute haben voll Weid auf sie geblickt. Ebenso haben sich die Konsumgenossenschaften bisher in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, daß man auch in Zukunft diese Betriebe als voll gesichert betrachten kann. Nun kommen solche Leute her, die nie in ihrem Leben Wirtschaftsbetriebe zu leiten hatten, und streuen solche unwahren Behauptungen in die Welt! Die kommunistisch geleiteten Konsumvereine in Halle, Gotha und anderen Orten wurden heruntergewirtschaftet und den Privatkapitalisten ausgeliefert. Viele kommunistische Zeitungsbetriebe können nur dadurch aufrechterhalten werden, daß das Personal sechs Stunden pro Woche ohne Bezahlung länger arbeitet. Und dies alles trotz

Die Weltkohlenwirtschaft 1930.

Ein sehr beachtenswertes Dokument für die Beurteilung der bergbaulichen Entwicklung ist der soeben erschienene Bericht des Reichskohlenverbandes für das verfloffene Geschäftsjahr. Aus den sehr übersichtlichen zahlenmäßigen Darlegungen geht nämlich klar hervor, daß die Krisenerscheinungen sich keineswegs auf den deutschen Bergbau beschränken. Es sind vielmehr in allen größeren Kohlenländern erhebliche Rückschläge zu verzeichnen. Wenn diesen ungünstigen Merkmalen auf der anderen Seite auch eine Reihe kleinerer Staaten gegenüberstehen, die ihre Förderziffern halten oder sogar noch steigern konnten, so ist die Weltkohlenförderung im letzten Jahre gegenüber dem Vorjahre doch um 11,7 Prozent zurückgegangen. Dieser prozentuale Rückgang entspricht, wie aus nachstehenden Gegenüberstellungen ersichtlich ist, beinahe der gleichen Drosselung, wie sie im deutschen Steinkohlenbergbau zu verzeichnen ist.

So dürften beispielsweise bezüglich der Weltkohlenförderung folgende Zahlen sehr beachtenswert sein:

	1930	1929
Stein- und Braunkohlen	1397,8	1555,0
davon: Steinkohlen	1200,4	1321,3
Braunkohlen	197,4	233,6

Nach diesen vorläufigen Ergebnissen zu urteilen, ist — wie im Bericht ausdrücklich vermerkt wird — die Weltkohlenförderung nahezu auf den Stand von 1913 herabgedrückt worden. Die Steinkohlenförderung bleibt sogar um rund 15 Mill. To. unter der Förderziffer von 1913. Leider fehlen in dem Bericht die Angaben darüber, wieviel Tonnen der gefördert Kohlen im letzten Jahre nicht abgesetzt werden konnten. Die Haldenbestände in Deutschland in Höhe von 10,4 Mill. To. Steinkohlen (Dez.) zeigen aber zur Genüge, daß der Kohlenverbrauch noch weit geringer war als die ohnehin schon stark gedrosselte Produktion.

Die Verteilung der Steinkohlenförderung im Weltmaßstabe ist aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich:

	In Mill. To.		In Prozent der Weltproduktion	
	1930	1929	1930	1929
Europa	599,1	638,2	49,91	48,29
Amerika	492,8	565,1	41,05	42,77
Asien	84,8	92,2	7,06	6,98
Afrika	13,2	14,0	1,10	1,06
Ozeanien	10,5	11,9	0,88	0,90

Wie vorstehender Vergleich zeigt, ist die absolute Kohlenförderung hauptsächlich in Amerika und Europa zurückgegangen. Und zwar ist der absolute und prozentuale Rückgang in Amerika weit größer als in Europa. Dieses ungünstige Verhältnis für Amerika soll vor allem darauf zurückzuführen sein, daß man im amerikanischen Bergbau die Förderung auf Halden viel weniger als in Europa kennt, weil man dort auf die Bergarbeiter und ihren Beschäftigungsgrad noch weniger Rücksicht als bei uns nimmt.

Sehr wichtig und von hervorragender wirtschaftspolitischer Bedeutung ist sodann folgende Gegenüberstellung der europäischen Steinkohlenförderung (in Mill. To.):

	1913	1929	1930
England	292,0	262,0	247,7
Deutschland (ohne Saarbez., Pfalz, Ost-Oberschlesien u. Elb-Lothr.)	140,8	163,4	142,7
Saarbezirk	13,2	13,6	13,2
Ost-Oberschlesien	32,3	34,1	28,2
Polen (ohne Ost-Oberschlesien)	8,9	12,0	9,3
Elb-Lothringen	3,8	6,1	6,1
Frankreich (ohne Elb-Lothr.)	40,1	47,6	47,8
Belgien	22,8	26,9	27,4
Holland	1,9	11,6	12,2
Tschechoslowakei	14,3	16,8	14,6
Deutschösterreich und Ungarn	1,4	1,0	1,0
Rußland	27,3	34,1	39,8
Spanien	4,0	7,1	7,2
Jugoslawien	—	0,4	0,4
Uebrige Länder	0,6	1,5	1,5
Europa	603,4	638,2	599,1

Wie diese Ziffern zeigen, haben vor allem die europäischen Kohlenausfuhrländer England, Deutschland und Polen stark unter der Krise zu leiden. Andere Staaten dagegen konnten ihre früheren Förderziffern halten bzw. noch steigern, und zwar sind die gestiegenen Produktionsziffern dieser Staatengruppe zum Teil recht erheblich, wenn man einen Vergleich zu dem Stand von 1913 zieht. So hat beispielsweise Holland seit dieser Zeit seine Förderung um nahezu das Siebenfache gesteigert. Wenn man dieser Tatsache, wie vorstehend dargelegt, gegenüberstellt, daß der Steinkohlenverbrauch der Welt im letzten Jahre bedeutend unter dem Stand von 1913 lag, dann wird der ganze Widerspruch der heutigen Kohlenwirtschaft klar. Obwohl der Steinkohlenverbrauch zurückgegangen ist und noch zurückgeht, versuchen die einzelnen Staaten und Volkswirtschaften, ihre Förderung ständig zu steigern, unbekümmert um das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch, das seit Jahren in der Weltkohlenwirtschaft besteht. Das größte Übel dabei ist, daß in vielen Ländern die Kohlenindustrie nicht deshalb einen Aufschwung nimmt, weil sie über günstige geologische und wirtschaftliche Bedingungen verfügt, sondern erst handelspolitische und andere protektionistische Maßnahmen der einzelnen Staaten diesen Zustand herbeiführen bzw. ihn ermöglichen.

Diese weltwirtschaftliche Anarchie und Planlosigkeit, herbeigeführt durch nationale Bestrebungen, wird aber noch gewaltig verstärkt durch die privatkapitalistische Mißwirtschaft in den einzelnen Ländern, wo eine unvernünftige Technisierung der Betriebe zu einer übersteigerten Leistungsfähigkeit und unausgubaren kostspieligen Produktionsanlagen geführt hat. Diesen Widerstreit zu beseitigen, wird eine der wichtigsten, wenn auch schwierigen wirtschaftspolitischen Aufgaben unseres Verbandes und der Bergarbeiterinternationale sein und bleiben müssen.

Mit welchem Saldo die drei Kohlenausfuhrländer England, Deutschland und Polen ihre Kohlenhandelsbilanz für das letzte Jahr abschließen, zeigt nachstehendes Zahlenbild (in Mill. To.):

	1929	1930
Deutschland	31,5	27,0
England	82,0	75,1
Polen	13,7	12,1

In der deutschen Ausfuhr sind die Reparationskohlenlieferungen enthalten.

Ueber das Schicksal der Bergarbeiter, das heißt über die Belegschaftsentwicklung in den einzelnen Staaten unterrichten nachstehende Angaben:

	1913	1930	Gesamtbelegschaft einschließlich Nebenbetriebe (Jahresdurchschnitt) in Tausend
Deutschland	1913	1930	515 843
England	1913	1930	504 035
Frankreich	1913	1930	1 127 890
Belgien	1913	1930	917 300
Holland	1913	1930	203 208
Ver. Staaten von Amerika	1913	1929	299 457
			146 084
			155 112
			9 715
			37 553
			747 627
			654 485

Auch hierbei kommt wiederum das gleiche Merkmal zum Vorschein, daß die größten Industriestaaten von der Krise am schwersten betroffen werden. Das ist insofern ein Trost und ein Hoffnungstrahl, weil je größer die kohlenwirtschaftliche Misere ist, auch in der ganzen Welt die Erkenntnis wächst, daß es ja nicht weiter gehen kann.

Nach einem Bericht des IGB. soll beispielsweise der englische Bergbauminister Shinwell im britischen Unterhaus kürzlich noch folgendes ausgeführt haben:

„Die französische Regierung ist zum Schluß gekommen, daß etwas unternommen werden muß, um den Zustrom von Kohle nach Frankreich aufzuhalten. Das bereits bekanntgegebene Dekret hat eine 20prozentige Herabsetzung der durchschnittlichen Kohlenimporte der letzten drei Jahre sowie eine 10prozentige Herabsetzung der Inlandsförderung zur Grundlage. Es ist nicht zu ermessen, inwieweit unsere Exporte dadurch beeinträchtigt werden, wahrscheinlich wird jedoch Großbritannien etwa 600 000 Tonnen an Exportkohle einbüßen, Belgien sogar 2 Mill. To.“

Die Lage ist so, daß so bald wie möglich ein internationales Übereinkommen herbeigeführt werden muß.“

Und aus der gleichen Quelle wird über Amerika berichtet: Nach einer zweitägigen Sitzung von Vertretern des Bergarbeiterverbandes der Vereinigten Staaten, der Arbeitgeberorganisationen und des Arbeitsministers Doak wurde seitens der Arbeiter der Vorschlag auf Abhaltung einer nationalen Konferenz zur Prüfung der Lage in der Kohlenindustrie gemacht. Doak sagte am Schluß der Verhandlungen:

„Wir haben die Ausführungen der Bergleute und der Grubenbesitzer entgegengenommen, sind jedoch zu keinem Schluß gekommen.“ Der Vorsitzende der Bergarbeiterorganisation führte aus: „Wir sind der Ansicht, daß die Lage in der Kohlenindustrie verzweifelt ist und immer schlechter werden wird.“

Ueber den Standpunkt der Arbeiter wird im Zentralorgan der amerikanischen Bergarbeiter weiter ausgeführt: „Die Grubenbesitzer sind unfähig, die Depression in ihrer Industrie selber zu überwinden. Wenn die Leitung unfähig ist oder sich nicht daran machen will, einen Ausweg zu finden, so muß die Regierung eingreifen und den Weg zeigen!“

In einer Pressestimme aus Australien heißt es: „Die schlimmste Tragödie des australischen Kohlenbergbaues ist einzig und allein auf die Unfähigkeit und Unkenntnis der Grubenbesitzer zurückzuführen, die bei der Handhabung ihres Monopols durchaus versagt haben. Dies ist die Meinung der Arbeiterregierung von Neu-Südwalles, die diese Katastrophe offiziell vorausgesagt. Die Arbeiterpartei hat einen neuen Gesetzentwurf eingereicht, demzufolge ein Amt für die Leitung aller Gruben eingesetzt werden soll.“

Ein Blick auf die gegenwärtige Kohlenwirtschaft der Welt zeigt uns demnach viel Unerfreuliches. Mit der Not und dem Widersinn eines untauglichen Wirtschaftssystems wächst aber auch die Erkenntnis und der Wille, eine neue Ordnung zu schaffen, eine Ordnung, um die die freigeordneten Bergarbeiter schon lange kämpfen und die kommen muß, wenn die Arbeit sinnvoll und die Wirtschaft dem Allgemeinwohl dienen soll.

J. T.

Kamerad!

Haft du dich schon an der Werbung neuer Mitglieder beteiligt?

Wenn nicht, dann beeile dich, deine Pflicht zu erfüllen!

Nicht einzelne, sondern alle

Verbandsmitglieder müssen an der Stärkung des Verbandes mitarbeiten!

Darum stelle dich mit in Reihe und Glied! Werbe und arbeite mit für den Verband! Es ist für dich und deine Familie von Nutzen.

Die sibirische Kohle.

Sibirien ist ein an Mineralien sehr reiches Land. Diese Erdschätze warten seit Jahrmillionen auf ihre Ausbeutung. Erst in den letzten Jahren begann ihre Ausbeutung in breiterem Umfang. Um das Land der Industrie zu erschließen, müssen jedoch erst viele neue Verkehrswege gebaut werden. Erst dann kann auch eine stärkere Besiedlung Sibiriens einsehen. Die nächsten Jahrzehnte bringen dem Lande ein Tempo amerikanischer Entwicklung, sofern die Pläne der Sowjetregierung sich verwirklichen lassen.

Reich ist Sibirien insbesondere an Steinkohle. Abbauwürdige Kohlenflöze wurden bisher festgestellt in den Revieren: Kusnez in Westsibirien, Irkutsk in Mittelsibirien und Minussinsk in Südsibirien. Das größte Revier ist das Revier Kusnez. Sein Kohlenvorkommen wird auf mindestens 400 Milliarden Tonnen geschätzt. Es übertrifft also bei weitem den Kohlenreichtum des Donezreviers, das für Rußland dieselbe Bedeutung hat wie das Ruhrkohlengebiet für Deutschland. Im laufenden Geschäftsjahr wird der Kohlenbedarf des russischen Reiches auf rund 150 Mill. To. beziffert. Davon entfallen auf die sibirische Kohle 27 Mill. To. Nach dem neuen Fünfjahresplan soll dessen letztes Jahr (1937-38) 110 Mill. To. sibirischer Kohle bringen. Der erste Fünfjahresplan, der am 1. Juli 1933 abläuft, weist für die Kohle folgende Förderziffern aus (1927-28 = 100):

Geschäftsjahr	Jahresförderung					
	Sibirien		dabei im Revier Kusnez		Donezrevier	
	in 1000 To.	in Proz.	in 1000 To.	in Proz.	in 1000 To.	in Proz.
1927-28	3 077	100	2 357	100	27 300	100
1928-29	3 683	120	2 874	120	30 700	112
1929-30	5 500	180	4 375	185	40 000	145
1930-31	9 500	310	6 725	285	50 000	185
1931-32	15 000	485	11 630	495	62 000	225
1932-33	27 000	870	20 850	880		
1937-38	110 000	3 600	83 200	3 500		

Aus diesen Ziffern geht deutlich hervor, daß die sprichwörtliche amerikanische Entwicklung noch bedeutend überboten werden soll, denn gegenüber dem ersten Geschäftsjahr des ersten

Fünfjahresplans soll die Förderung sibirischer Kohle im letzten Geschäftsjahr des zweiten Fünfjahresplans 35mal höher sein. Der Löwenanteil entfällt hier auf das Revier Kusnez. Wenn sich keine technischen Schwierigkeiten einstellen, wenn weiter an sachlichen Arbeitskräften kein Mangel sein wird, was leider zu befürchten ist, dann kann die vorgesehene Förderziffer erreicht werden. Die Förderung der Donezkohle läßt sich in dem Maße wie sibirische Kohle nicht forcieren, weil dort die Kohle tiefer lagert und schon seit langer Zeit abgebaut wird.

Gegenwärtig wird die sibirische Kohle in 59 Schächten gefördert. Bis Ende des Geschäftsjahres 1932-33 sollen 39 neue Schächte betriebsfähig sein; die meisten davon befinden sich in der Tiefe. Der Bau neuer Schächte soll so fortgeführt werden, daß im Jahre 1937-38 insgesamt 125 sibirische Schächte 110 Mill. Tonnen herausbringen werden. Um diese ungeheure Aufgabe zu erfüllen, will man die Schächte und deren technische Einrichtungen typisieren. Dieses Verfahren hat man auch in Frankreich beim Wiederaufbau der kriegszerstörten Gruben angewandt. Es gelang auch, in ganz kurzer Zeit eine Reihe von Gruben betriebsfähig zu machen.

Die Kohlenflöze, die stellenweise eine in der Welt unbekannt, bis 50 Meter gehende Mächtigkeit aufweisen, verlaufen meist in flacher Lagerung in der geringen Tiefe bis zu 80 Meter. Diese Flöze sollen mit Stollenförderung abgebaut werden. Die Stollen, die kilometerlang getrieben werden können, sollen an den Ufern der Flüsse auslaufen, an denen Sibirien so reich wie kein zweites Land der Erde ist. Die Kohle wird so auf direktem Wege in die Kohlenflöße verladen, die dann die Fracht in die anliegenden Orte oder Eisenbahnstationen umschlagen. Die direkte Verladung von der Grube hat natürlich den Vorteil niedrigerer Frachtkosten. Da in Sibirien mit weiten Entfernungen zu rechnen ist, muß auch das notwendige Verkehrsnetz ausgebaut werden und wirtschaftlich ineinandergreifen, zumal die sibirische Kohle die Zukunft hat, vor der Donezkohle an die Spitze zu treten und Rußland zu überwiegendem Teil mit Brennstoff zu versorgen. Diesen Zweck wird ausschließlich das Revier Kusnez zu erfüllen haben, denn die beiden anderen sibirischen Reviere, Irkutsk und Minussinsk, sind vorderhand weniger ergiebig und werden wohl mehr das Hinterland beliefern.

Wo eine Stollenförderung nicht in Betracht kommt, werden für die Tiefe bis 80 Meter einfache Förderflöze abgeteuft, die

pro Jahr durchschnittlich 550 000 To. liefern sollen. Auf je fünf bis sechs solcher Förderflöze kommt eine Großzeche, ein sogenannter Gigant, mit 7,2 Mill. To. Jahresförderung. Diese Giganten sind für die Tiefe von 80 bis 400 Meter vorgesehen. Die Stollenbetriebe können jährlich zwischen 550 000 u. 900 000 To. produzieren. Um die Kosten des Schachtabbaues zu verbilligen, werden alle Schächte je nach der Kategorie technisch nach dem gleichen Schema eingerichtet. Dieses System wird gegenwärtig auch im Donezgebiet durchgeführt. Förder- und Kohlenbergungsmaschinen, Förderwagen, Zechenhäuser, elektrische Anlagen usw. werden alle denselben Typ aufweisen, um bei Stilllegung einer Grube auf einer neuen jederzeit Verwendung finden zu können. Die Grubenarbeit erfährt beim Bau neuer Schächte eine besondere Aufmerksamkeit. Es wird nach dem Plan alles getan, um die Bergarbeiter mit möglicher Umsicht vor den Gefahren zu schützen. Es ist unsererseits keine Berührungspunkte der russischen Bergarbeiter, wenn wir feststellen, daß sie selbst die Sicherheitsvorschriften zu wenig beachten. Ofter werden Fälle festgestellt, wo im unterirdischen Betrieb heimlich sogar geraucht wird. Das können manche Bergarbeiter, besonders die Neulinge vom Dorfe, nicht unterlassen, obwohl sie wissen, welche Gefahr sie für sich und die gesamte Belegschaft heraufbeschwören. Es wird noch vieler Mühe bedürfen, den Bergarbeitern beizubringen, sich vor allem selbst zu schützen. Die kolossale Fluktuation im russischen Bergbau erschwert leider diese notwendige Erziehungsarbeit außerordentlich.

Um die Bergarbeiter in den sibirischen Revieren festhaft zu machen, werden Werkskolonien gebaut mit dem Charakter von Gartenstädten. Jeder Arbeiter bekommt eine Wohnung erstellt mit einem dazugehörigen Garten. Bequeme Fahrgelegenheiten werden geschaffen, um ihm die Wege von und zur Zeche zeitlich zu verkürzen. Gegenwärtig ist, wie Bergingenieur G. R. Meier (Toms) in einer bergmännischen Zeitschrift berichtet, eine sogenannte sozialistische Gartenstadt Tyr-gan im Entstehen begriffen.

Das alles ist im neuen Fünfjahresplan festgelegt. Ob dessen Durchführung gelingt, ist nach den Erfahrungen des laufenden Fünfjahresplans zu bezweifeln. Wir wünschen ihm trotzdem das beste Gelingen.

Victor Kalinowski.

HAUS UND LEBEN

Brot und Seele.

Wer die Menschen in dieser schwersten Zeit der Not nur in Sorge um Pfennig und Brot sieht, der sieht die Menschen nicht so, wie sie sind. Mit dem Selbe darbt auch die Seele, und niemals war das Suchen nach Kultur der Seele so stark wie jetzt.

Dieses Bedürfnis nach Befriedigung der Seele zeigt sich in dem ungeheuren Interesse, das heute die *Literatur* über die Seele findet. Eine reiche Bibliothek in Amerika hat die ganze Literatur über die Seele, die auf der Erde nur in einem Jahre, nämlich dem Jahre 1930, erschienen ist, gesammelt, und diese Literatur über die Seele, die nur in einem Jahre herausgekommen ist, bedeutet eine ansehnliche Bibliothek für sich. Und diese Bücher, in Millionenzahl erschienen, wurden gekauft und gelesen.

Und wenn wir das wirtschaftliche Ringen der Massen betrachten, dann zeigt sich auch da das gleiche seelische Suchen dieser Zeit. Wenn der deutsche Regierungsvorsteher bei den Beratungen im Internationalen Arbeitsamt kürzlich verlangte, daß „Löhne und Arbeitszeit auch auf dem Boden einer neuen Gesinnung geprüft“ werden müßten, so bedeutet das schließlich nichts anderes als das Verlangen nach der Befriedigung auch der menschlichen Seele, auch des seelisch-sittlichen Bedürfnisses in uns. Und wenn die Bildungsarbeit der Gewerkschaften über den alten wirtschaftlichen Rahmen hinaus auch den Menschen erfassen will und wenn das Gewerkschaftsblatt versucht, zum Familienblatt zu werden, so ist das nichts anderes als das Streben, auch die Seele des Menschen zu erfassen, den Menschen zu gewinnen auch in seinem Gemüt, die Frauen in ihrer weiblichen Innigkeit, die Jugend in ihrem seelischen Glauben, den Menschen, jeden Menschen in seinem Bedürfnis nach Wärme, Tiefe und Menschlichkeit.

Wir haben die Zeit überwunden, in der es nur um das Brot ging. Jetzt geht es auch um den Menschen, um des Menschen seelisches Glück. Durch Wort und Schrift suchen wir das Erwachen der Seele des Menschen einzufügen in den wirtschaftlichen Gestaltungskampf.

Dadurch dient die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Werbearbeit nicht nur der Bildung und Vertiefung jedes gewerkschaftlichen Mitgliedes. Durch solch ein Erfassen der Seele des Menschen retten wir so viele mit der Zeit auch vor Verzerrung der Seele und extremem, radikalem Verlangen des Unmöglichen. Es steht fest, daß die Menschen „in Erlebnissen, Phantasien, nicht in Tatsachen denken“. Nur wenn die Tatsachen in Einklang gebracht sind mit dem seelischen Bedürfnis des einzelnen, werden Tatsachen völlig verstanden. Das Seelische ist das Bestimmende. Zu dieser Erkenntnis kommt die moderne Wissenschaft, und darum ist es bei den extremen und verbitterten Menschen so oft die Seele, die von der Vernunft nicht erfaßt worden ist.

Bringe dieselben Tatsachen und Zahlen, einmal rein beweisend, nüchtern erklärend, mit deiner Vernunft, und dann dieselben Beweise zugleich mit einem Gefühl des menschlichen Verstehens und menschlicher Wärme, und du wirst sehen, daß du in so vielen Fällen durch dein Werben um Vernunft und Seele mehr erreichst.

Je mehr wir uns auf die Seele der gewerkschaftlichen Bewegung besinnen, um so stärker lassen wir die Bewegung in den Massen von alt und jung, von Männern und Frauen, wurzeln, um so stärker heben wir auch die führende Idee der Bewegung heraus. Mit dem Brot soll der Mensch auch die Freude seiner Freiheit haben, das innere Glück, die Entfaltung des Menschseins, das er im tiefsten in sich trägt und das nur möglich ist durch eben diesen wirtschaftlichen Kampf.

Dadurch unterscheidet sich die freie gewerkschaftliche Bewegung grundsätzlich von allen Reformversuchen, wie auch der Nationalsozialismus einer ist. Auch der Nationalsozialismus spricht von dem neuen Zeitalter der Seele. Aber er kann es praktisch nie schaffen, da er sich nicht zum Kampfe gegen die Verklammerung der Seele im Kapitalismus bekennt.

Eine Epoche der Seele kommt nicht alle 150 Jahre, wie es der Nationalsozialist Strasser in einem neuen Buche in einer eigenartig wirkenden Weise errechnet hat. Die Seele hat noch nie ihre Freiheit gehabt. Stets war bestimmend die Ware, der Besitz, der Gewinn, die Klasse. Noch nie galt der Mensch. Und das ist das grundsätzlich Neue des freien Gewerkschaftskampfes, daß er die wirtschaftlichen Interessen von der Klasse auf das Ganze übertragen will, damit so jeder, frei von selbstlichem Einfluß, als Mensch lebe, befriedigt in seiner menschlichen Seele. Weil diese menschliche Seele dann harmonisch, eingefügt ist in den Einklang des Gemeinamen.

Ob nicht diese deutliche, klare, entschiedene Abwendung von allem Katastrophalen, wie sie beim Volkseinsatz in Preußen jetzt zum Ausdruck gekommen ist, mehr bedeutet als nur eine politische Stellungnahme? Ob sich in diesem Entscheid des Volkes nicht endlich auch die sich befinnende Seele des Volkes zeigt?

Zur seelischen Heilung rechnet die Wissenschaft ein gewisses „Moment der Willigkeit“. Der Mensch muß bereit sein, einmal alle Verkrampfung in seiner Seele fahren zu lassen. Er muß bereit sein, einmal willig zu tauschen und sich zu geben, ohne Verzerrung, als Mensch.

Radikalismus und Fanatismus aber sind nichts als Verkrampfung einer zur Freiheit geborenen Seele, und es ist darum berechtigt, zu glauben, daß dieser Rückschlag des Radikalismus und Fanatismus eine Besinnung des Menschen ist auf sich.

Auch wirtschaftlich wird sich diese Besinnung der Menschen auswirken auf die Gewerkschaftsbewegung. Die aufgelöste Seele des innerlich zerrissenen Menschen wird sich wieder sammeln in sich. Und der Fanatismus wird sich in Zähigkeit wandeln und der Radikalismus zur reinen Begeisterung. Und alle Lebendigkeit einer suchenden Seele wird zum Glauben werden, und alle Hingebungsgeist wird sich wandeln in Liebe zur großen Idee.

Wenn wir nur immer und immer diese menschliche Freiheit als Ziel der Bewegung künden und immer und immer den Weg zur Bewegung bahnen allen, die da im Chaos dieser Zeit sehnsüchtig suchen sich selbst.

Dr. Gustav Hoffmann.

Verstand und Tatkraft.

Nicht das Hassen, nicht das Grollen
Führt dich an das Ziel,
Nicht ein blindes Uebelwollen
Sprengt das Elendsziel!
Dämpfe drum die dumpfen Triebe
Deiner Sinne Qual,
Kämpfe mit Verstand und Liebe
Für dein Ideal!
Kämpfe streng aus Ueberzeugung,
Mit gesundem Sinn,
Strebe ohne Nackenbeugung
Nach dem Ziele hin!
Nur wenn Mut und Ueberlegung
Uns zur Tat begeistern,
Dann wird unsere Bewegung
Ihre Gegner meistern!
Darum laß das wüste Grollen,
Das ist Müll und Sand;
Wenn im Kampf wir siegen wollen,
Hilft uns nur Verstand,
Der mit Tatkraft und mit Mut
Willensstark vermählt ist —
Hüte dieses hohe Gut!
Nur wer so befeuert ist,
Der wird nimmer unterliegen,
Und er wird im Kampfe siegen! Taets.

Nach der Abenddämmerung . . .

hochsommer.

Leis wird eine tiefe Nacht, die alles weitet und uns Menscheneinsamkeit fühlen läßt. Der Tag war geplagt — immer intensiver muß die Arbeitsleistung werden. Und nun, draußen, vor der Stadt, in den Feldern und Gärten, ist der Friede so groß — angefüllt aller bösartigen, verworrenen Zustände, die uns bedrücken, kommt ein fernes Heimweh, ein weich berauschendes Verlangen, in Gestalt und Gedanken ausgelöscht zu sein, wieder ganz eins zu werden mit dem allmächtigen Universum, nicht mehr dies nagende Bewußtsein frönder, unterdrückter Arbeitsmenschen empfinden, nur Rhythmen, Kreisläufe . . .

Allein — um den Mund spielt weißes Lächeln: wir sind ein Lichtpunkt des Universums, ein Konzentrationspunkt seiner geistigen Kräfte. Wir Menschen.

Und unsere Leiden, Verzerrungen, Verkrampfungen sind die Geburtswehen neuer Gesellschafts- und Wirtschaftsformen — unter der Aera des Kollektivismus und Sozialismus.

Schwere Schritte tasten näher. Männer mit Kaffeepullen auf dem Rücken, eingedrehte Brotschalen unter dem Arm. Gebückt, derb, knochig. Bergleute. Sie gehen zur Nachtschicht.

Müde, gequält besprechen sie miteinander ihre Sorgen. Gegenseitige Hilfe ist selbstverständlich. Zusammenhalten! Wie

Eine militärische Instruktion.

Ich bin Pazifist und für friedliche Belehrung.
Bin also nicht für handgreifliche Beweise!
Nun war ich heute Zeuge einer Szene, die zwar weniger friedlich, deren Handgreiflichkeit in Verbindung mit belehrendem, demonstrativem Unterricht nicht von Pappe war.
Ja, ich gestehe, daß dieser Aktivismus sicherlich auch seine pädagogischen Vorteile hat.
Und das war so:

In einem Kaffeehaus saß ein Jüngelchen mit einem Hakenkreuz im Knopfloch. Mit noch ein paar gleichaltrigen Kumpanen. So Jahrgang 1915! Also so um die Sechzehn herum. Da die Kämpfe von Verdun hunderttausenden Deutschen und Franzosen das Leben kosteten, lagen diese Würden an dem kleinen Marmorisch des Kaffees noch in den Windeln.

Am Nebentisch saß ein Mann um die Bierzig herum, der einen Stoß Zeitungen und Zeitschriften auf einem Stuhl liegen hatte und im „Vorwärts“ las.

Das junge Hakenkreuzchen sagte so laut, daß es im ganzen Lokal zu hören war:

„Vorwärts“ . . . auch so ein Judenblatt!“

Mein Nachbar rührte sich nicht.

Das ärgerte den Jungen . . . dieses Nichtreagieren . . . dieses Lintsiegenlassen.

„Und dann brauchen wir wieder Militär. Damit die schlappen Kerle wieder „Murr“ in die Knochen kriegen. Und damit wir siegreich Frankreich schlagen können. Wir brauchen wieder einen frischen, fröhlichen Krieg!“

Der Zeitunglesende legte den „Vorwärts“ ruhig beiseite, stand langsam auf, ging zu dem Tisch der Jungen und klatsch . . . bum . . . bum . . . hatte der jugendliche, dumme Schwächer links und rechts zwei saftige Ohrfeigen.

Und, als ob nichts gewesen, sagte der Bierzigjährige: „Du willst einen frischen, fröhlichen Krieg? Ich habe dir eben deinen Wunsch, wenn auch nur zu einem kleinen Bruchteil, erfüllt. Hast du etwas Phantasie, junger Mann? Also, stelle dir einmal vor, diese Ohrfeige von mir, die nicht allzu kräftig war, wenn man auch die Spuren meiner fünf Finger sieht, sei ein Teilchen einer noch ziemlich harmlosen Eierhandgranate gewesen. Und dieses Teilchen der Handgranate hätte deine Backe gestriekt. Der Schlag

könnten sie sonst jener Ausbeutermeute widerstehen, die unablässig auf der Lauer liegt, endgültig über sie herzufallen.

Zusammenhalten! Das Wort ist gesprochen.
Sirenenklänge beflügeln ihre Schritte. Fördertürme heben sich gegen den Nachthimmel ab. Glühbirnen strahlen rötlich. Die Hochgebäude geistern im Dunkel der Nacht. Ein Klaffen des schwarzen Tors: Trupp um Trupp schieben sich die Bergleute hinein und immer noch sprechen sie von ihren Nöten — von den Nöten der Arbeitsmenschen, die die Qualen der Menschheit sind.

Einer, ein junger Bergmann, sieht sich um, ehe er sich mit dem nächsten Trupp durch das Klaffende Tor schiebt, — sein Blick taucht lieblosend in die unermessliche Nacht.

Einen Augenblick lang hätte er umkehren mögen — zurück-sinken in bewußtlose und unterbewußte Stadien und Formen.

Die Sterne blinken. Die Luft ist zarter als seitdem.
Aber dann zwingt es ihn doch in die Grube hinab: diese arbeitschweren Stunden der Nacht, dem Tagesablauf abgerungen, die sind es doch eigentlich, die den gewaltigen Aufbau der menschlichen Gesellschaft erst möglich machten.

Und er denkt: welche Macht ist mir doch in die Hände gegeben — mir und den anderen, meinen Arbeitskameraden!
Honorich Mühsen.

Sie verkaufen den Leib.

Wie groß die Not der Menschen ist, kommt in einer Notiz zum Ausdruck, die wir in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ finden. „Ein trauriges Zeichen des wirtschaftlichen Tiefstandes unserer Zeit“, so heißt es da, „sind die vielen Angebote von Personen, die ihren Körper für wissenschaftliche Versuche gegen Entgelt zur Verfügung stellen wollen.“

Solche Angebote kommen allerdings praktisch nicht in Betracht, da die Verwendung von Menschen für solche Versuche in dieser Weise nicht geschieht. Aber es ist doch wirklich bezeichnend für die Nöte, daß die Menschen so ihren Leib gegen Bezahlung anbieten!

Krüppeltum und Intelligenz.

Sind Krüppel auch in ihrer geistigen Leistungsfähigkeit herabgesetzt? Man hat hierüber in Berlin und in Leipzig eingehende Studien angestellt und gefunden, daß die Intelligenz der Kinder durch das Gebrechen nicht herabgesetzt war. Nur zeitweilig zeigt sich hin und wieder eine Hemmung der pflichtigen Entwicklung, und zwar durch Bewegungshemmungen und jahrelange Bettlägerigkeit. Damit ist auch der Krüppel einem Berufsgeistig gewachsen, wenn der Beruf nur der körperlichen Bewegungsfähigkeit des Menschen entspricht.

Muß Jugend sterben?

Die Sterblichkeit der Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren hat in Preußen mehr abgenommen als die Sterblichkeit der ganzen Bevölkerung. Aber der Tiefstand der Jugendsterblichkeit ist noch nicht erreicht. Es müßte noch ganz anders sein, denn wenn die sozialen Verhältnisse bessere wären, würde die hauptsächlichste Todesursache der Jugendlichen nicht mehr diese Wirkung haben wie heute, nämlich die Tuberkulose. Die Tuberkulose ist zum wesentlichen Teile sozial bedingt und damit vermeidbar, so daß eine sozialere Gestaltung des Lebens der Jugend die Sterblichkeitsziffer der Jugend weiter herabsetzen wird.

wäre mindestens hundertmal so stark gewesen wie meine bescheidene Ohrfeige.“

Der Junge heulte vor Schmerz und Zorn.
Seine „Kameraden“ wollten etwas einwenden.

„Wollt ihr auch ein bißchen von der Eierhandgranate spüren?“

Und da der Mann auslachte, zogen sie sich hinter ihren Stühlen zurück.

„Morgen werden die Spuren auf deiner Backe von meiner Ohrfeige verschwunden sein. Wäre es aber ein Teil einer Eierhandgranate gewesen, dann würdest du in alle Ewigkeiten die Spuren sehen. Dein halber Kinnladen, das Backenfleisch, ein Stück deines Kiefers wäre abgerissen und deine Zähne könnten du zusammenlesen. Ich wollte dir mit meiner Ohrfeige nur so einen ganz kleinen, bescheidenen Vorgeschmack vom Krieg geben!“

„Hältst du den Krieg der heimtückischen Handgranate, des mörderischen Maschinengewehrs, das noch viel schlimmer ist als eine Handgranate, der schweren Feldgeschütze, die dir deinen Leib aufreißen, dich in tausend Stücke zerfetzen können, das Giftgas, das unsichtbar, geruchlos deine Lunge zu Tode bluten läßt, für eine „lustige, fröhliche Sache“? Vielleicht gibt dir meine so harmlose Ohrfeige menschliche Vernunft wieder.“

Und der Bierzigjährige humpelte an seinen Tisch zurück.

Jetzt erst sahen wir, daß er eine Holzprothese am rechten Fuß hatte. Und auf seiner rechten Backe leuchtete ein großes rotes Wundmal, so groß, daß es wohl von einer feindlichen Eierhandgranate stammen konnte.

Die zahlreichen Leute, die sich bei Beginn der Szene, beim ersten Ohrfeigenfall erregt erhoben, riefen „Bravo!“ und klatschten Beifall.

Die Hakenkreuzjüngelchen zählten rasch und verschwanden noch rascher.

Und der Mann in den Bierzig las ruhig, als ob nichts geschehen, seinen „Vorwärts“ zu Ende.

* * *

Ich bin Pazifist. Friedliebend. Bin nicht für „handgreifliche“ Beweise. Bin gegen Brügelpädagogik.

Und möchte doch fürs Leben gerne wissen, wie dieses Intermezzo auf den und die jungen Kriegsbegeisterten gewirkt hat. Und ich sage mir, wenn sie noch ein Fränkchen Vernunft und Menschenliebe im Herzen haben, muß diese kleine praktische, militärische Instruktion über die Wirkungen der Eierhandgranate sie zur Besinnung geführt haben.

Und wenn alle Kriegsbegeisterten jeden Tag eine militärische Lektion als Vorgeschmack ihres „frisch-fröhlichen Krieges“ bekämen, ob sie nicht dann auch schon nach wenigen „Instruktionen“ Pazifisten würden?

Es mag wohl Fälle geben, wo der „pädagogische Aktivismus“ der Bierzigjährigen noch ohne Erfolg sein mag . . . im Interesse des Friedens.
Gustav Mühsen.

36.

Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit

vom 30. August bis 5. Sept. 1931

Die Mieter als Sturmbod der RW.

Am 23. August fand in Essen ein sogenannter „Erster Ruhrmieterkongress“ statt. Eingeladen war dazu von einer anscheinend parteipolitisch neutralen Organisation, dem „Verband der Interessengemeinschaften für Neubau- und Siedlungsbewohner“. Auf dem „Kongress“ zeigte sich, daß hinter der ganzen Sache die RW stand, welche die Fragebogen und Entschlüsse lieferte und auch durch den Bericht über die Tagung keinen Zweifel darüber läßt, zu wessen Nutzen diese neue Parolebewegung aufgezogen wird. „Kampfausschüsse“ sollen gebildet werden und als „Kampfmittel“ wird u. a. eine völlige Einstellung der Mietzahlung empfohlen. Weil sich diese Bestrebungen auch gegen unsere eigenen Schöpfungen, die Bergmannsiedlungen der Treuhändstelle richten, geben wir nachfolgenden Artikel aus Verwaltungskreisen derselben wieder.

Um die Mieten in den Bergmannsiedlungen.

Die andauernde Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage breiter Volksschichten, deren Einkommen durch Lohnsenkungen, Feiertagskürzungen, zunehmende Arbeitslosigkeit und Herabsetzung aller Unterstützungssätze immer mehr geknicken ist, hat eine starke Unruhe unter den Mietern hervorgerufen.

Obwohl seit Jahren von den Mietervereinen, die sich in großen Verbänden zusammengeschlossen haben und Hunderttausende von Mietern umfassen, alles getan wurde, um die Ungleichung der Mietwohnungen an die Neubaumieten zu verhindern, vermochten sie nicht, die Steigerung der Mietwohnungen aufzuhalten, ganz abgesehen davon, daß sie nicht in der Lage waren, irgendwie die Neubaumieten zu beeinflussen. Diese wurden in der Hauptsache bedingt (insbesondere bei den gemeinnützigen Baugenossenschaften) durch die Verzinsung des für die gesamten Baukosten aufzubringenden Kapitals einschließlich Grundstücks- und Straßenanlegerkosten. Hinzu kommt noch eine Tilgungsquote der aufzunehmenden Hypotheken.

Ob die Forderungen der im Reichsbund zusammengeschlossenen Mietervereine sich verwirklichen lassen, soll hier nicht untersucht werden. Im Interesse der notleidenden Mieter wäre es zu wünschen. Ihre Bemühungen richten sich in erster Linie um die Senkung der Neubaumieten. Wenn dabei in einem „Offenen Brief der rheinisch-westfälischen Mietervereine“ an den Herrn Minister für Volkswirtschaft eine Senkung der Mietwohnungen von 120 auf 100 Prozent gefordert wird, so muß gesagt werden, daß Mietwohnungen von 120 Prozent kaum anzutreffen sind; im Industriegebiet dürften solche bis 150 Prozent vorhanden sein. So betragen z. B. in der Großstadt Bochum die Mietwohnungen 146 Prozent der Friedensmiete. Sie liegen fast 9 Prozent über dem Lebenshaltungsindeks, der im Juli 1931 betrug. Eine weitere Forderung der Mietervereine ist Anpassung der Neubaumieten an die Mietwohnungen.

Dieser Forderung der Mietervereine hat die Treuhändstelle für Bergmannsiedlungen von Anfang an Rechnung getragen. Alle durch die Treuhändstelle erstellten Wohnungen sind Neubauwohnungen. Die Mieten hierfür sind in sehr vielen Fällen niedriger als in gleichwertigen Mietwohnungen. Zum Beispiel liegen in Bochum die Mieten der Bergmannsiedlungen 16 Prozent unter den Mieten der Mietwohnungen. Unter Berücksichtigung gleichwertiger Mietwohnungen dürfte die Differenz 20 bis 25 Prozent betragen. Dieses trifft vor allen Dingen auf die nach 1928 erstellten Wohnungen zu. In zahlreichen anderen Städten dürften die Verhältnisse nicht anders liegen.

Dabei soll durchaus nicht verkannt werden, daß auch diese an sich niedrigen Mieten eine außerordentlich starke Belastung infolge der eingangs erwähnten Gründe für die Bewohner der Bergmannsiedlung bedeuten. Die Verwaltungsorgane der Treuhändstelle für Bergmannsiedlungen in Essen haben deshalb am 25. Juni beschlossen, in besonders bedürftigen Fällen eine Ermäßigung der Friedensmieten, soweit diese 20 M. monatlich übersteigen, von 10 bis 20 Prozent einzutreten zu lassen. Die Geschäftsführung der Treuhändstelle rechnet infolge dieser Ermäßigungen mit einem Mietausfall von 500 000 M. im Jahr, die den davon betroffenen Mietern zugute kommen. Die Verwaltungsorgane der Treuhändstelle sind sich auch darüber im klaren, daß diese Maßnahme nicht ausreicht, um die wirtschaftlichen Nöte ihrer Mieter zu beseitigen. Diese für die Mieter geringfügige, für die Treuhändstelle erhebliche Ermäßigung hat weder bei dem privaten, Zeichen- noch genossenschaftlichen Hausbesitz Nachahmung gefunden, es sind im Gegenteil von verschiedenen Seiten Bedenken gegen den im beschränkten Umfang vorgenommenen Mietsnachlaß geltend gemacht worden.

In einer uns bekanntgewordenen Entschlüsse des Hauptverbandes deutscher Baugenossenschaften heißt es u. a., nachdem vorher auf § 20 der Gemeinnützigkeitsverordnung verwiesen wird:

„Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, daß die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen (ein solches ist auch die Treuhändstelle, D. Verf.) an den abgeschlossenen Miet- oder Pachtverträgen als der Rechtsgrundlage der Mietsforderungen unbedingt festhalten und auf Zahlung des vollen Mietzinses bzw. der vollen Pachtgebühren bestehen.“

Die Schwierigkeiten, die den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bei den Mietnachlässen entstehen, sollen nicht verkannt werden. Mehr oder weniger bestehen sie auch für die Treuhändstelle in Essen. Diese unterliegt nicht nur der Verordnung über die Gemeinnützigkeit der Wohnungsunternehmen, sondern auch den Bestimmungen über die Errichtung von Bergmannsiedlungen vom 21. Januar 1921 und dem Bergmannsiedlungsgesetz vom 10. März 1930 sowie den hierzu am 2. Juli 1931 erlassenen Ausführungsbestimmungen. Weiter erfreut sich auch die Treuhändstelle der dauernden Ueberwachung durch die Aufsichtsbehörde, deren Vertreter an allen Sitzungen teilnimmt und gegen die Beschlüsse, die nach seiner Ansicht die Interessen der Allgemeinheit verletzen — nicht die der Siedlungsbewohner — Einspruch erheben kann. Erwähnt sei hier nur der Einspruch gegen die Festsetzung nicht genügender Mieten im Mai 1922. In dieser Zeit haben wir des öfteren über die Kämpfe der Arbeitnehmervertreter in der Treuhändstelle um tragbare Mieten berichtet.

Ist nun die Treuhändstelle berechtigt und in der Lage, die Mieten ihrer Wohnungen unter die Mieten der Mietwohnungen herabzusetzen? Dieses hängt in erster Linie von den gesetzlichen Bestimmungen und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Treuhändstelle ab.

Was die Leistungsfähigkeit anbetrifft, so ist in erster Linie erforderlich, daß aus den Mieten die Zinsen und Tilgungsbeträge der aufzunehmenden und auf die Mietwohnungen eingetragenen Hypotheken gedeckt werden, weiter Feuerversicherungen, Grundvermögenssteuer und sonstige auf den Grundbesitz lastende Abgaben entrichtet werden können. Darüber hinaus müssen die Unterhaltungs- und Verwaltungskosten der etwa 20 000 Mietwohnungen sichergestellt werden. Die Nichtsicherstellung der einen oder anderen Position muß sich zum Nachteil der Mieter auswirken. Daß dieses nicht eintritt, dafür sind die gesetzlichen Bestimmungen geschaffen, die die Treuhändstelle verpflichtet, sie einzuhalten.

In der Begründung Ziffer 4 zu Ziffer 8 der gesetzlichen Bestimmungen vom 21. Januar 1920 heißt es: „Die Mieten sollen im allgemeinen den örtlichen Mietpreisen angepaßt sein. Bei einem Steigen der örtlichen Mieten soll auch eine Erhöhung der Mieten in den Bergmannsiedlungen stattfinden.“ Die Ziffer 8 der Bestimmungen vom 21. Januar 1920 wurde am 2. August 1922 zum Gunsten der Siedlungsbewohner dahin abgeändert, daß es nunmehr heißt: „Gleichwertige Wohnungen aus der Zeit vor dem 1. Juli 1914 und der durch die Gesetzgebung geschaffenen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Insbesondere sind Verzinsung, Tilgung, Betriebskosten und Kosten für Instandhaltung der Wohnungen sicherzustellen.“ In der Begründung heißt es noch weiter, daß außerdem die Mieten in den neuen mit öffentlichen Beihilfen errichteten Wohnungen angemessen zu berücksichtigen sind. Es wird weiter auf die Neigung, unzulängliche Mieten festzusetzen, hingewiesen, wodurch immerhin eine Verwahrlosung der Wohnung die Folge sein könnte und dann fremde Mittel nötig würden. Um diesem vorzubeugen, wird auf § 16 des Gesetzes über die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften hingewiesen, die nicht an die Bestimmungen über die Festsetzung der gesetzlichen Mieten gebunden sind, vielmehr das Recht haben, die Mieten so hoch festzusetzen, wie es zur Durchführung ihrer Aufgaben für notwendig erscheint. Mit anderen Worten ausgedrückt, ist die Treuhändstelle berechtigt, höhere Mieten als Mietwohnungen festzusetzen, jedoch nicht unter diese. Da, es sollen auch noch die für den Wohnungsbau aufgewandten Mittel durch Tilgung im Laufe der Jahre allmählich wieder angeliefert werden. Also nicht nur Zinsen und Tilgung der Hypotheken, Verwaltungs- und Unterhaltungskosten sollen aus den Mieten herausgewirtschaftet werden, sondern auch noch das in die Wohnungen hineingesteckte Kapital soll wieder angeliefert werden.

Nach den Bestimmungen vom 21. Januar 1920 stand den Gemeinden das Recht zu, die Mieten in den Bergmannsiedlungen festzusetzen. Daß es dazu im Bereich der Treuhändstelle Essen nicht gekommen ist, war ein Segen für die Bewohner der Bergmannsiedlungen. Diese Bestimmung ist durch Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers vom 7. Juli 1927 aufgehoben worden. In der Begründung hierzu heißt es: „Die Wahrung des öffentlichen Interesses, insbesondere die Verhinderung von Auswüchsen bei der Festsetzung von Mieten (gemeint sind also niedrige Mieten, D. Verf.) ist nach wie vor gewährleistet durch die Vertreter der obersten Landesbehörde, denen ein Einspruchsrecht gegen Beschlüsse des die Mietsfestsetzung betreffenden Verwaltungsrats zusteht.“

Wir haben in dieser Zeitung schon früher darauf hingewiesen, welche Kämpfe die Treuhändstelle um die Gewährung von Hauszinssteuer in verschiedenen Städten und Gemeinden hat führen müssen, weil die Bergmannsiedlungen angeblich zu niedrigen Mieten festsetzen und anderen Besitzern von Neubauwohnungen gegenüber Schmutzkonzurrenz treiben.

Bezirk Oberschlesien. Ein „christlicher“ Betriebsratsvorsitzender als Diktator!

Im Betriebe der Sandbahn in Peiskretscham geht infolge der Diktaturgelüste des christlichen Betriebsratsvorsitzenden Scholtyssek alles drunter und drüber. Die Rechte aller nicht im Gewerksverein christlicher Bergarbeiter organisierten Arbeiter werden mit Füßen getreten und irgendwelche Beschlüsse dieser Leute zum Anlaß genommen, um sie bei der Verwaltung zu verpehen. Daß eine solche Handlungsweise eines Betriebsratsvorsitzenden eine ungeheure Empörung in der Belegschaft auslösen muß, ist selbstverständlich. Bezeichnend ist aber folgendes Dokument, das der christliche Betriebsratsvorsitzende zum Ausgang brachte:

„Bekanntmachung! Durch den Ausgang der letzten Betriebsversammlung fühle ich mich im Interesse der anständigen Arbeiter außerstande in Zukunft gemäß § 45 des RW noch eine weitere Belegschaftsversammlung einzuberufen.“

Um aber den anständigen Arbeitern des Betriebes nicht die Rechte zu rauben, werden in Zukunft nur noch Versammlungen einberufen, wobei die uns schon bekannten Krakeeler und Verderber keinen Zutritt haben. Ebenso haben Gewerkschaftsfunktionäre anderer Richtungen keinen Zutritt.

Die erste dieser großen Versammlungen findet bereits schon am kommenden Sonntag, 2. August 1931, vormittags 10 Uhr, bei Wehrauch statt. In dieser Versammlung wird Kollege Wilhelberg über die Ergebnisse der gestern mit der Verwaltung stattgefundenen Verhandlung referieren.

Weil großer Zuspruch zu erwarten ist, wird die Versammlung Punkt 10 Uhr eröffnet, damit jedem Gelegenheit geboten wird, ohne Furcht zu haben, verraten zu werden, an der Aussprache teilnehmen kann.

Eine Betriebsversammlung findet nur dann statt, wenn die Voraussetzung des § 46 des RW gegeben ist.

Der Belegschaft zur Kenntnis.

Peiskretscham, den 31. Juli 1931.

Der Betriebsratsvorsitzende: Viktor Scholtyssek.“

Dieses Dokument zeigt, daß der Betriebsratsvorsitzende einer der schlimmsten Demagogen ist, die wir bisher kennengelernt haben. Die Wahrheitsliebe steht bei ihm sehr niedrig im Kurs. Zwei Tage vor der in obiger Bekanntmachung angekündigten Versammlung erklärte er den Gewerkschaftsvertretern der anderen Richtungen, daß keine Versammlung stattfinden würde, obwohl die obenangeführte Bekanntmachung im Betriebe schon zum Ausgang gekommen war. Er verweigerte den Angehörigen der anderen Organisationen den Zutritt, obwohl er hierzu in keiner Weise berechtigt ist. Wenn der Gewerksverein und der Bezirksleiter des Bezirks Oberschlesien diese Bekanntmachung und die Handlungsweise dulden und gutheißen, dann scheint ein erträgliches Zusammenarbeiten im Dienste der Belegschaft auf äußerster Gefahr zu stehen. Es ist daher kein Wunder, wenn diese Versammlung unter der berühmten Leitung des christlichen Betriebsratsvorsitzenden Scholtyssek drunter und drüber ging.

Der Bergbauindustriearbeiterverband hat dann die Gesamtbelegschaft zu einer Versammlung eingeladen und zu dem unglaublichen Vorgehen des Gewerksvereins Stellung genommen. Folgende Entschlüsse wurden angenommen:

„Die heute tagende Belegschaftsversammlung der Sandbahn nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Handlungsweise des Betriebsratsvorsitzenden Scholtyssek. Die Tätigkeit des Scholtyssek hat die Einheit der Belegschaft zerstört und die Interessen der Arbeiter auf dem Standpunkt, daß der Vorsitzende des Betriebsrats nicht mehr länger die Belange der Belegschaft gegenüber

Unter diesen Verhältnissen haben unsere Vertreter in der Treuhändstelle sicher keinen leichten Stand, wenn es sich darum handelt, tragbare Mieten für die Bewohner in den Bergmannsiedlungen zu erreichen.

Dieses mußte auch schon der mit großem Tamtam ins Leben gerufene Verband der Interessengemeinschaften für Neubau- und Siedlungsbewohner erfahren. Aus den großen Worten, keine Mieten oder nur 75 Prozent derselben zu bezahlen, ist sicher nichts geworden. Nachdem der Reichsbund deutscher Mietervereine schon vor Wochen in Leipzig zu einer Tagung versammelt war und nach Mitteln und Wegen suchte, um dem Miets- und Wohnungselend zu Leibe zu gehen, die rheinisch-westfälischen Mietervereine sich in einem offenen Brief an den preussischen Wohlfahrtsminister gewandt haben, hat nun auch der Verband der Interessengemeinschaft am 23. August einen Mieterkongress abgehalten. Bezeichnend ist, daß hierzu auch die Mieterorganisationen eingeladen waren, die nach Ausschluß der Macher der Interessengemeinschaft den Zweck ihres Daseins nicht erfüllt haben. Die Gründung der Interessengemeinschaften sollte daher eine bittere Notwendigkeit sein. Der „Dortmunder Generalanzeiger“ brachte am 15. Juli 1931 einen Artikel mit der Überschrift: „Zwiespalt im Mieterlager des Ruhrbezirks“, „Interessengemeinschaft gegen Mietervereine“. Jetzt will man mit den Mietervereinen wieder eine Einheitsfront schaffen. Wer dieses Theater nicht mitmacht, ist dann ein Arbeiterverräter.

Wenn wir uns hier mit dem Verband der Interessengemeinschaften beschäftigen, so aus dem Grunde, weil nach dem „Ruhr-Echo“ vom 19. Juli sich eine Versammlung dieses Verbandes in Hagen mit einem Artikel in der „Bergbau-Industrie“, betitelt: „Zur Mietsermäßigung in den Bergmannsiedlungen“ beschäftigt und gegen die Schreibweise protestiert. In der dort angenommenen Entschlüsse heißt es u. a.: „Weiter stellen wir fest, daß die Mieterorganisationen sowie die Gewerkschaften es nicht für notwendig befunden haben, für eine Mietsermäßigung einzutreten. Die Gründung des Verbandes der Interessengemeinschaften wäre bestimmt unterblieben, wenn die Gewerkschaften den Kampf aufgenommen hätten für die Herabsetzung der Mieten.“ Der fragliche Verband ist sich bestimmt seiner Schwäche und Ueberflüssigkeit bewußt, andernfalls er nicht alle Mieterorganisationen und die Gewerkschaften zu dem vorerwähnten Mieterkongress eingeladen hätte, um evtl. Vorschläge entgegenzunehmen, wie am besten die Mieterfrage geregelt werden kann.

Wir hätten nicht geglaubt, daß das, was wir in der „Bergbau-Industrie“ über die Interessengemeinschaften geschrieben hatten, so schnell in Erfüllung gehen würde, nämlich, daß der Verband der Interessengemeinschaften sich um Unterstützung an die Gewerkschaften wendet, an diejenigen, die für die Mieter nichts getan haben sollen. Wir müssen auch jetzt wieder feststellen, daß diejenigen, die sich heute als Retter der Mieter aufspielen, die langen Jahre vorher geschlafen haben, andernfalls der Kampf der Mieterorganisationen um tragbare Mieten im allgemeinen und der Kampf des Bergbauindustriearbeiterverbandes einschließlich des Gewerksvereins insbesondere für tragbare Mieten in den Bergmannsiedlungen nicht spurlos an ihnen vorübergegangen wäre. Jedem Einsichtigen ist es auch heute noch klar, daß der „neutrale“ Interessenverband ein neuer kommunistischer Laden ist. Die ganze Taktik desselben spricht ebenfalls dafür.

der Verwaltung vertreten kann, da er nicht mehr das Vertrauen selbst seiner Gewerkschaftsmitglieder besitzt. Es wird ihm daher das Mißtrauen ausgesprochen und ihm empfohlen, das Amt des Betriebsrats niederzulegen, andernfalls die Belegschaft zu den letzten gesetzlichen Mitteln zu greifen gezwungen ist.“

Damit nicht von wirklichen Verdrehern der Desjatlichkeit die Sache schief dargestellt wird, weisen wir darauf hin, daß die Belegschaft der Sandbahn frei von kommunistischen Einflüssen ist. Der Gewerksverein hat demnach beabsichtigt, die Mitglieder des Bergbauindustriearbeiterverbandes durch ungesetzliche Zwangsmittel in seine allzu sehr geschwächte Front einzuzureihen. Die Belegschaft der Sandbahn wird aber dem Gewerksverein und dem Diktator Scholtyssek nicht hörig zu Füßen kriechen, sondern nun erst recht im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands für die Rechte und Freiheiten der Sandbahnarbeiter kämpfen.

Aus Mittelddeutschland. Heilslehren aus dem Kaliberg.

August Koster, Generaldirektor der Wintershall AG, hat in seinem Leitorgan „Der Kalibergmann“ vom 15. August 1931, der allen Arbeitern frei geliefert wird, einen Artikel mit der Überschrift veröffentlicht: „Was ist notwendig, um Deutschland wieder gesund zu machen?“

August erwartet mit Sicherheit, daß das jetzige politische System in Deutschland zu Grabe getragen werden muß. Der Höhepunkt ist jetzt gekommen, die Entscheidung muß fallen. Der Krebschaden allen Übels liegt in der Verfassung. August will auch keine Auslandskredite. Er sagt wörtlich: „Ich bin überzeugt, daß der Aufschub der Tributlasten um ein Jahr und die Hereinnahme einer weiteren von zwei Milliarden Mark uns keinesfalls aus unserem Elend herausbringen können. Im Gegenteil, der weitere Kredit würde uns für die Zukunft noch stärker belasten und das Unheil nur noch vergrößern. Deswegen würde ich es für besser halten, wenn uns der Kredit gar nicht gegeben würde.“ Also Herr Koster, Führer einer großen Kaliberggewerkschaft, will keine Kredite mehr, er will die Katastrophe, will den Zusammenbruch. Also, ihr Staatsmänner, gebt euch keine Mühe mehr, Kredite zu bekommen, August Koster will es nicht. Nach seiner Ansicht hat die politische Führung nach dem Kriege bis heute verjagt. In einem „Tarifstaat“ zu leben ist nicht mehr möglich. Also weg mit allen Tarifverträgen, damit August wieder Herr im Hause ist. Nein, Herr Koster, nicht der Tarifstaat hat verjagt, sondern das kapitalistische System hat vollständig verjagt. Dieses System, das Millionen von Arbeitern und Angehörigen verhungern läßt, hat keine Daseinsberechtigung mehr.

Im „Kalibergmann“ vom 22. August 1931 schreibt angeblich ein früherer Arbeiter einen Artikel mit der Überschrift: „Die Arde der verschmähten Arbeit.“ Er untersucht die Ursachen der Arbeitslosigkeit und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Die wahre Ursache der Arbeitslosigkeit ist die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages und des Tarifwesens. Die erzwungene Herabsetzung der Arbeitszeit hat das Weltübel, die Arbeitslosigkeit, herbeigeführt. Das Tarifwesen hat eine weitere Klüft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter geschaffen und zerstört die Erfindung beider. Die Arbeiter müssen durch ihre Gewerkschaften der Regierung erklären, daß sie zu einer Verlängerung der Arbeitszeit bereit sind.“

Wie kann dieser arme Tropf einen solchen Unsinn verzapfen? Millionen von Arbeitern liegen auf der Straße und nun soll den in Arbeit stehenden Arbeitern zugemutet werden, eine noch längere Arbeitszeit zu verrichten.

Die Kalibergarbeiter aber sollen aus vorstehendem lernen, welche Gefahren ihnen drohen, und welche Kräfte am Werke sind, um alle Errungenschaften zu zerstören. Nur fester Zusammenhalt in den freigewerkschaftlichen Verbänden kann dies verhindern.

